

1 **Beschluss der Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz am 16. Oktober 2021**

2 **Initiativantrag des Landesvorstands**

3 **Kernforderungen an die neue Bundesregierung**

4

5 **Neue Bundesregierung muss jetzt konsequenten Klimaschutz umsetzen**

6 Der BUND Naturschutz erhebt fünf Kernforderungen für einen ökologischen Aufbruch an die drei an
7 den Sondierungsverhandlungen beteiligten Parteien, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP. Die
8 nächste Bundesregierung muss die Weichen für den 1,5-Grad-Pfad stellen und die Bewältigung der
9 Klima- und Biodiversitätskrise entschlossen angehen.

10

11 **Der BUND Naturschutz fordert von der neuen Bundesregierung:**

12 **Klimaschutz und Energiewende:**

13 Wir erwarten von der zukünftigen Bundesregierung öffentliche Zukunftsinvestitionen in Höhe von ca.
14 500 Mrd. Euro. Die neue Bundesregierung muss innerhalb eines Jahres einen Plan für den Ausstieg aus
15 der fossilen und nuklearen Energieinfrastruktur vorlegen. Dieser tiefgreifende Wandel muss für
16 Betroffene in den Regionen und Branchen verlässlich und planbar sein. Dazu fordern wir:

17

- 18 - die strikte Einhaltung der Vorgaben aus dem Pariser Klimaschutzabkommen: Reduktion der
19 Treibhausgas-Emissionen auf Null bis spätestens 2040, naturverträglicher Ausbau auf 100
20 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 durch Schaffung fördernder Rahmenbedingungen für
21 einen Zuwachs von jährlich mindestens sieben Gigawatt Strom aus Wind und mindestens zehn
22 Gigawatt aus Photovoltaik und
- 23 - Ein Ende der Nutzung der Kohle bis 2030.
- 24 - Die Erweiterung der bestehenden Kohleabbaugebiete muss sofort gestoppt werden. Auch die
25 bereits in der Umsetzung begonnene Räumung und der Abriss des Dorfes Lützerath in NRW
26 dürfen nicht weitergehen. Deutschland kann seinen Beitrag zum 1,5 Grad-Ziel nicht einhalten,
27 wenn die Braunkohle unter diesem Dorf abgebaut und verbrannt wird.
- 28 - Ein Moratorium für die geplanten „Stromautobahnen“ (z.B. HGÜ-Leitungen) durch Bayern und
29 den Vorrang für den Ausbau des Verteilnetzes.
- 30 - einen Plan für einen klimaneutralen Gebäudebestand mit strengen Effizienzstandards für
31 Neubau (Passivhaus) und Sanierung (KfW-55) sowie einer Anpassung der Kostenumlage im
32 Mietrecht, um die Lasten fair zu verteilen
- 33 - einen aktiven internationalen Einsatz für den globalen Klimaschutz
- 34 - Am Ausstieg aus der Kernenergie wird festgehalten. Er wird mit dem Abschalten aller
35 Atomanlagen in Deutschland vollendet. Es gibt keine EU-Förderung für neue Atomkraftwerke
36 und keine Klassifizierung von Investitionen in Atomkraft als nachhaltig. Die Endlagersuche wird
37 mit mehr und verbindlicher Beteiligung umgesetzt.

38

39 **Rettung der Artenvielfalt:**

40 Neben der Klimakrise muss vorrangig der fortschreitende Biodiversitätsverlust angegangen werden
41 durch:

- 42 - die Umsetzung der UN-Konvention über die biologische Vielfalt, der EU-Biodiversitätsstrategie
43 und die Bereitstellung von einer Milliarde Euro für die Umsetzung in Deutschland. Für die
44 Nationale Biodiversitätsstrategie ist ein Aktionsplan mit konkreten Zielen und Maßnahmen für
45 alle Bundesressorts für 2030 zu erarbeiten.
- 46 - den Ausbau von Biotopverbundsystemen für alle Biotoptypen – auch auf Agrarflächen. Die EU-
47 Biodiv-Initiative muss in Deutschland zu mindestens 15 Prozent renaturierter Landesfläche
48 führen, die insbesondere auch den Biotopverbund stärkt.

- 49 - die Sicherung und Stärkung des bestehenden Schutzgebietsnetzes, Weiterentwicklung des
50 Aktionsprogrammes Insektenschutz und Erarbeitung einer nationalen Renaturierungsplanung
51 mit geeigneten Instrumenten für die nötige Fläche.
52 - die Stärkung der Anstrengungen für Wildnis auf zwei Prozent der Landesfläche und
53 Naturwälder auf 10 Prozent der Waldfläche.

54

55 **Mobilitätswende:**

56 Die Herausforderungen im Bereich der Mobilität sind immens, da die Emissionen seit Jahren nicht
57 sinken. Dieser Bereich muss besonders in den Blick genommen werden durch:

- 58 - ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Autobahnen, Bundes- und Staatstraßen
59 - eine komplette Neuausrichtung der Bedarfspläne des Bundesverkehrswegeplans 2030
60 - ein Programm, das den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) so finanziert, dass eine
61 Verdoppelung der Fahrgastzahlen bis zum Jahr 2030 erreicht wird
62 - eine Investitionsoffensive in die Schiene mit dem Ziel, bis zum Jahr 2030 Kurzstreckenflüge
63 komplett auf die Schiene zu verlagern und eine Verdoppelung des Verkehrsanteils der Schiene
64 im Güterverkehr zu erreichen
65 - ein generelles Tempolimit auf Autobahnen von 120 km/h
66 - ein Verbot der Neuzulassung von Verbrennern bis spätestens zum Jahr 2030
67 - kein weiter Ausbau von Flughäfen
68 - Unterstützung klimaschützender europäischer Instrumente (z.B. Kerosinsteuer und
69 Grenzwerte)

70

71 **Gemeinwohlorientierte Landwirtschaft:**

72 Die Form der Landnutzung wird entscheidend für die Erreichung unserer Natur-, Umwelt- und
73 Klimaschutzziele sein. Der Umbau zu einer am Gemeinwohl orientierten Landwirtschaft, die die
74 Zukunft von Bäuer*innen sichert, muss jetzt Hand in Hand mit den Betroffenen konkret angegangen
75 werden durch:

- 76 - eine Einleitung der Ökologisierung der EU-Agrarzahlungen, Umsetzung der Empfehlungen der
77 Zukunftskommission Landwirtschaft bereits ab 2023.
78 - eine konsequente tierschutzgerechte Haltung in der Landwirtschaft, dafür benötigt es den
79 Umbau der Nutztierhaltung bis 2040 und hierfür ein verlässliches Finanzierungssystem sowie
80 eine verbindliche, staatliche Haltungskennzeichnung
81 - die Flächenbindung in der Nutztierhaltung
82 - die drastische Reduzierung von chemisch-synthetischen Pestiziden um 80% bis 2030 zur
83 Rettung der Artenvielfalt im Boden, im Wasser und in der Luft.
84 - die Regulierung auch der neuen Gentechnikverfahren in der Landwirtschaft

85

86 **Ressourcen- und Finanzwende:**

87 Deutschland muss zum Vorreiter im nachhaltigen Produktdesign und einer ressourcensparenden
88 Kreislaufwirtschaft werden. Es darf nicht billiger sein, Rohstoffe um die halbe Welt zur Verarbeitung
89 zu transportieren und als Endprodukt wieder zurück, als diese regional direkt zum Endprodukt zu
90 verwandeln. Primärrohstoffe müssen konsequent besteuert werden, damit sich Recyclingmaterialien
91 auch rechnen und der sparsame Umgang mit Ressourcen gefördert wird. Die zukünftige
92 Bundesregierung fördert langlebige, schadstofffreie, reparierbare Produkte und die Transformation
93 durch Maßnahmen wie:

- 94 - den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen
95 - einen Klima- und Biodiversitätscheck des Bundeshaushaltes
96 - das Recht auf Reparatur und einen Reparaturindex

- 97 - die Senkung der Mehrwertsteuer auf Reparaturdienstleistungen von 19 auf 7 Prozent und die
- 98 konsequente Besteuerung von Primärrohstoffen
- 99 - Nachbesserung des Lieferkettengesetzes
- 100 - Nachhaltige Stoffpolitik entsprechend der BUND-Position „Nachhaltige Stoffpolitik zum
- 101 Schutz von Klima und Biodiversität“
- 102 - Erweiterte Herstellerverantwortung für die Beseitigung von schädlichen
- 103 Umweltauswirkungen von Produkten

104 **Begründung:**

105 Die Klimakrise und ihre ganz konkreten Auswirkungen sind in Bayern, in Deutschland und weltweit
106 sichtbar und führen schon heute zu Flutkatastrophen, massiven Ertragsminderungen in der
107 Landwirtschaft durch Trockenheit, Waldbränden und zu großflächigen Schäden in unseren Wäldern.
108 Die bisherigen Bundesregierungen haben diese existenzielle Aufgabe ignoriert, kleingeredet, verzögert
109 oder sogar gezielt blockiert und damit die Klimakrise verschärft. Auch hat die alte Bundesregierung
110 Deutschland nicht auf den 1,5-Grad-Pfad des Pariser Klimaschutzabkommens geführt. Als Folge
111 werden nun die von Jahr zu Jahr steigenden Kosten für den Klimaschutz und die Klimafolgen der
112 nachfolgenden Generation aufgebürdet. Die Klimakrise und der Verlust von Biodiversität befeuern sich
113 gegenseitig. Deshalb sind dringend gleichzeitige Antworten auf die parallel ablaufende
114 Biodiversitätskrise nötig. Denn durch die Übernutzung und Zerstörung der Ökosysteme beschleunigt
115 sich der Verlust der biologischen Vielfalt rasant. Die dringlichste Aufgabe der neuen Bundesregierung
116 ist deshalb, ohne jeglichen Aufschub eine radikale und nachhaltige Wende in der Klimapolitik
117 umzusetzen.

118 Eine solche Politikwende wird nicht nur die neue Bundesregierung vor große Herausforderungen
119 stellen, sondern uns alle. Ein Wandel unseres Wirtschafts- und Verkehrssystems, unseres Produktions-
120 und Konsumverhaltens ist nicht durchgängig populär, aber zwingende Voraussetzung für eine
121 lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten. Die notwendigen Maßnahmen bergen zudem das Risiko
122 der weiteren Verschärfung bereits existierender oder der Entstehung neuer sozialer Verwerfungen mit
123 gravierenden Auswirkungen, national wie global. Der jetzt erforderliche Aufbruch muss daher nicht
124 nur klima-, sondern auch sozialpolitisch ausgerichtet sein. Kosten dürfen kein Argument sein – die
125 nötigen Ausgaben sind schlicht Investitionen ins Überleben. Massive Mittel sind notwendig: Um die
126 Zukunftsinvestitionen zu finanzieren wird es wichtig sein, die bestehenden klimaschädlichen
127 Subventionen von rund 60 Mrd. Euro abzubauen und bisher gebundene Finanzmittel wie z. B. im
128 Bundesverkehrswegeplan für einen sozial - ökologischen Umbau der Finanz- und Handelssysteme und
129 im Sinne einer Suffizienzpolitik einzusetzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass mit Steuergeldern die Klima-
130 und Biodiversitätskrise weiter angeheizt wird.

131 Die nun entstehende Regierung ist nach Ansicht zahlreicher Wissenschaftler*innen wie auch des BUND
132 Naturschutz die letzte, die durch sofortiges Handeln noch signifikanten Einfluss auf die Bewältigung
133 der Klima- und Biodiversitätskrise nehmen kann. Wir fordern sie auf, dieser Verantwortung gerecht zu
134 werden.